für die Ortsgemeinde Nievern

AZ:

18 DS 16/ 0026

Sachbearbeiter: Herr Schwabach

VORLAGE

Gremium	Status
Ortsgemeinderat Nievern	öffentlich

Anfrage eines Mobilfunknetzbetreibers zur grundsätzlichen städtebaulichen Zulässigkeit eines neuen Mobilfunksendemastes in der Ortsgemeinde Nievern**Hinweis:**

Auf die Bestimmungen des § 22 Gemeindeordnung (GemO) über Ausschließungsgründe wird hingewiesen. Alle Beteiligten werden gebeten, (gegebenenfalls) vorliegende Ausschließungsgründe mitzuteilen.

Sachverhalt:

Ein Mobilfunknetzbetreiber beabsichtigt das Gebiet der Verbandsgemeinde Bad Ems –Nassau insbesondere entlang der Bundesstraßen 260 und B 417 sowie des Verlaufs der Bundesbahnstrecke Koblenz – Limburg durchgängig mit Mobilfunkempfang zu versorgen. Hiermit wird der Mobilfunknetzbetreiber seinen Lizenzverpflichtungen nachkommen. Damit der Mobilfunknetzbetreiber dies technisch realisieren kann, wird es erforderlich innerhalb des Suchgebietes „Nievern 10 – KY6561“ einen neuen Mobilfunksendemast aufzustellen. Das o. a. Suchgebiet „Nievern 10 – KY6561“ umfasst Gebietsteile innerhalb der Ortsgemeinden Nievern, Fachbach und Miellen. Für die Gebietsteile innerhalb der Ortsgemeinden Fachbach und Miellen werden diese Kommunen eine eigene Stellungnahme abgeben. Der in dem Gemarkungsgebiet der Ortsgemeinde Nievern gelegene Gebietsteil befindet sich im nicht bebaubaren Außenbereich der Ortsgemeinde Nievern.

An diesem Mobilfunksendemast sollen die technischen Anlagen der Mobilfunkdienste GSM und LTE installiert werden. In weiterer Zukunft soll der Betrieb des Mobilfunkbetriebes der 5. Generation „NGMN“ (Next-Generation-Mobilfunknetz“ ermöglicht werden. Sofern innerhalb dieses Suchkreises durch den Mobilfunknetzbetreiber keine geeigneten Gebäude oder sonstige geeigneten erhöhten baulichen Anlagen festgestellt werden können, wäre es notwendig einen neuen Mast in das Erdreich einzubauen. Dieser hätte beginnend vom Boden eine Höhe von ca. 25 m. Die Bezeichnung „Suchgebiet“ beinhaltet die erste Abstimmung des aus technischen Gesichtspunkten des Mobilfunkbetreibers geeigneten Gebietes, damit zukünftig die vorhandenen Gebietszonen der Mobilfunkversorgung nahtlos ineinander übergehen werden. Die konkreten örtlichen Gegebenheiten werden zu einem späteren Zeitpunkt durch den Mobilfunknetzbetreiber geklärt werden.

Da die Detailprüfungen erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen können, möchte der Mobilfunknetzbetreiber mit der vorliegenden ersten Abfrage den Suchkreis mit den betroffenen Kommunen abstimmen. Nur innerhalb dieses Suchkreises werden nachfolgend weitere Detailprüfungen durch den Mobilfunknetzbetreiber erfolgen. Der Suchkreis wurde anhand der technischen Notwendigkeiten des öffentlichen Mobilfunknetzes festgelegt, damit die lückenlose Mobilfunkversorgung entlang der Bundesstraßen 260 und B 417 sowie des Verlaufs der Bundesbahnstrecke Koblenz – Limburg zukünftig realisiert werden kann.

In einer Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze, die am 15.09.2001 zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den Mobilfunknetzbetreibern abgeschlossen wurde, ist die Vorgehensweise beim Bau neuer Sendeanlagen geregelt. Der Mobilfunknetzbetreiber kommt mit der vorliegenden Anfrage seiner Verpflichtung nach die Ortsgemeinde Nievern frühzeitig über den geplanten Neubau von Sendeanlagen zu informieren und die Planungen mit der Ortsgemeinde Nievern abzustimmen.

Der Bund hat als Verordnungsgeber in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) zum Schutz vor den nachweislichen Gefahren elektromagnetischer Strahlen Grenzwerte festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. Diese entsprechen den derzeitigen wissenschaftlich anerkannten Grenzwerten, die den heutigen Stand von Forschung und Technik darstellen.

Der Mobilfunknetzbetreiber kann nach Abschluss der konkreten Planung im Rahmen der immissionsrechtlichen Zulässigkeitsprüfung eine Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post vorlegen, worin festgelegt wird, welcher Sicherheitsabstand für den beantragten Standort einzuhalten ist und ob die in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung enthaltenen Grenzwerte eingehalten werden. Diese Standortbescheinigung wird bei Kenntnis des konkreten Standorts unter Einbeziehung aller standortrelevanten Feldstärken durch die zuständige Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post erstellt. Soweit im Rahmen des konkreten Antragsverfahrens die erforderliche Standortbescheinigung vorgelegt wird, sind die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse nachgewiesen. Dies ist in der Regel dem Mobilfunknetzbetreiber möglich, da er sich seiner Verpflichtung bewusst ist, die in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung geregelten Grenzwerte einzuhalten. Insbesondere ist hiervon im nicht bebaubaren Außenbereich auszugehen, da in der Regel dort keine weiteren elektromagnetischen Strahlungsquellen in unmittelbarer Umgebung vorhanden sind.

Der Verbandsgemeindeverwaltung Bad Ems – Nassau sind keine öffentlichen Belange bekannt, die gegen eine Zulässigkeit der Errichtung eines neuen Mobilfunksendemastes innerhalb des Suchgebietes Nievern 10 – KY6561 angeführt werden könnten. Eine städtebaulich bedeutsame Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes wird nicht erwartet.

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der mit e-mail-Anfrage vom 13.09.2019 erfolgten ersten Anfrage eines Mobilfunknetzbetreibers wird der Errichtung einer neuen Mobilfunksendeanlage und eines neuen Sendemastes für den öffentlichen Mobilfunk innerhalb des Gemarkungsgebietes der Ortsgemeinde Nievern in dem Suchgebiet „Nievern 10 – KY6561“ entsprechend der Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze bauplanungsrechtlich zugestimmt.

Die Ortsgemeinde Nievern ist im Rahmen der weiteren Prüfungsabschnitte in geeigneter Weise zu beteiligen, insbesondere ist der Zeitpunkt einer Inbetriebnahme der Ortsgemeinde Nievern frühzeitig anzuzeigen und die erforderliche Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post vorzulegen.

Uwe Bruchhäuser
Bürgermeister